

Wien, Freitag, den 15. Juni 1923.

Sitzung der Landeskommission Wien zur Ueberprüfung des Instandhaltungszinses. (§ 12 des Mietengesetzes). Unter dem Vorsitz des Landesgericht-Vizepräsidenten Hofrat Dr. Otto Jaitner fand am 14. Juni 1923 im Justizpalast die erste Sitzung der nach § 12 des Mietengesetzes zur Ueberprüfung der Angemessenheit des Instandhaltungszinses eingesetzten Kommission statt.

An der Sitzung nahmen teil: als Vertreter der Hausbesitzer Ing. Ferdinand Bereninsk und Direktor Josef Gerhold; als Vertreter der Handelskammer Kammerat Ing. Josef Neubauer; als Vertreter der Arbeiterkammer Generalsekretär Dr. Edmund Palla; als Vertreter der Mietervereinigung die Herren Anton Kolbe und Robert Hoffmeyr.

Nach längerer Debatte wurde gegen die Stimmen der Vertreter der Hausbesitzerorganisation und der Kammer für Handel und Gewerbe beschlossen, daß für die Erhöhung des Instandhaltungszinses nicht die allgemeinen derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern ausschliesslich die Erhöhung der Instandhaltungskosten auf Grund der Erhöhung der Materialpreise und Löhne in der Zeit nach dem 1. November 1922 als passgebend anzusehen sind.

Auf Grund dieser Beschlusfassung erklärten die Vertreter der Hausbesitzerorganisation und der Vertreter der Handelskammer, dass sie an einer in diesem Rahmen vorzunehmenden Erhöhung kein Interesse haben.

Die Kommission beschloß, derzeit von einer Erhöhung des gesetzlich mit dem 150fachen des Friedenszinses festgesetzten Instandhaltungszinses abzusehen.

Die Wiener Kleingarten-, Siedlungs- und Wohnbauausstellung: Die Ausstellungskanzlei befindet sich im Rathause Arkadenhof Parterre bei Stiege 7. Telefon: Rathaus Klappe 77.

Aktion „Lehrlinge aufs Land“. Kürzlich wurden von dieser Aktion abermals 280 Wiener Lehrlinge in das Erholungsheim in Niedersalm bei Salzburg entsendet. In St. Pölten, Amstetten und Linz schlossen sich ebenfalls viele erholungsbedürftige Lehrlinge an. Der nächste Transport von erholungsbedürftigen Lehrlingen geht am 22. Juni nach Bruck an der Leitha. Am Freitag, den 29. Juni werden 200 erholungsbedürftige Lehrlinge und jugendliche Arbeiterinnen in das Erholungsheim Wieselburg an der Erlauf aufgenommen. Anmeldebogen sind in der Zentrale der Aktion Wien I., Hofgartengasse 3 zu beheben.

Neuanlagen der „WIHOKO“. Die Wiener Holz- und Kohlenverkaufsgesellschaft m. b. H. hat in der letzten Zeit durch nennhafte Investitionen ihre Anlagen beträchtlich ausgestaltet. Am Sechshausergürtel wurde ein neuer Verkaufsplatz errichtet, der ein Geleiseanschluss an das Strassenbahnnetz, sowie die für den Betrieb notwendigen Objekte (Kassenhütte, Waghäuser mit Brückentwage und Aufenthaltsräume) erhält. Bei der Verkleinerungsanlage in Schwachat wurde eine Entstaubungsanlage errichtet und eine automatische Brückentwage für das Abwiegen der Strassenbahnwagen und des Fuhrwerkes eingebaut. Ferner wurden auf sämtlichen Detailverkaufsplätzen Flugdächer für den Holzverkauf aufgestellt, die das Holz vor Feuchtigkeit schützen. Die Errichtung eines weiteren Verkaufsplatzes ist für die nächste Zeit geplant. Durch diese Investitionen, die insgesamt einen Aufwand von mehr als einer Milliarde Kronen erforderten, hat auch die „Wihoko“, an der bekanntlich die Gemeinde Wien hervorragend beteiligt ist, zur Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten beigetragen und eine Verbesserung ihrer Anlage erzielt, die den Konsumenten zugute kommt.

Sitzung vom 15. Juni 1923.

104

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und verliest den Spendeneinlauf.

Die Postnummern 1, 2, 3, 22, 23, 24, 25 sind ohne Wortmeldung angenommen.

GR. Grünfeld (Soz. Dem.) referiert über die Bewilligung eines Kredites von 410 Millionen Kronen für die Ueberführung der heimgefallenen Grabsteine vom Matzleinsdorfer Friedhof in die Steinmetzwerkstätte auf dem Zentralfriedhof.

GR. Rotter (chr. soz.) bezeichnet den Antrag als eine unnötige Verschwendung von Geldern. Die Grabsteine sind in der Regel unverwendbar und könnten daher besser gleich an Ort und Stelle verkauft werden.

GR. Müller Rudolf (Soz. Dem.) (XVII): Die alten Grabsteine repräsentieren einen kolossalen Wert, so dass sich die Kosten ihrer Ueberführung wohl lohnen. Unter der früheren Gemeindeverwaltung wurden die Steine von den Friedhöfen en bloc verkauft, wobei die Steinmetzmeister ein gutes Geschäft gemacht haben. Durch die Ueberführung der Steine in die Steinmetzwerkstätte der Gemeinde zur Weiterverarbeitung soll verhindert werden, daß die Steine unter ihren Wert verkauft werden. Die Steinmetzwerkstätte der Gemeinde erfüllt ein wirkliches Bedürfnis, weil für einen grossen Teil der Bevölkerung die Grabsteine, die die Steinmetzmeister heute nach der Goldparität berechnen, vollkommen unerschwinglich sind.

GR. Panosch (chr. soz.): Wir haben schon kürzlich bei dem Beschluss auf Verlegung und Vergrößerung der Steinmetzwerkstätte darauf aufmerksam gemacht, daß das kein geeignetes Geschäft für die Gemeinde ist. Die Gewerbetreibenden haben heute einen schweren Stand. Die Gemeinde ist nicht dazu da ihnen Konkurrenz zu machen. Wir werden daher nicht für die Vorlage stimmen.

GR. Rotter (chr. soz.) polemisiert gegen GR. Müller (XVII) und sagt, die Steinmetzwerkstätte sei insofern das Werk des GR. Müller, als dort gewisse Freunderl des Herrn Müller untergebracht werden mussten.

GR. Feldmann (äutschnational): Es wäre Aufgabe der Gemeinde, die Grabsteine an die unbemittelte Bevölkerung zu möglichst niedrigen Preisen abzugeben. Das soll kein Erwerbszweig für die Gemeinde sein.

GR. Müller Rudolf XVII (Soz. Dem.) verwahrt sich gegen die Bemerkung des Gemeinderats Rotter. In der Steinmetzwerkstätte seien ^{seine} „Freunderln“ untergebracht worden.

GR. Breuer (chr. soz.): Die Mehrheit scheint hier dem Grundsatz huldigen zu wollen, man müsse verdienen. Es gibt aber Leistungen und Verpflichtungen der Gemeinde, bei denen man nicht verdienen soll. Dies gilt insbesondere hier, wo die Grabsteine der Gemeinde umsonst anfallen.

GR. Grünfeld (Schlusswort): Die Steinmetzwerkstätte der Gemeinde ist nicht etwa erst vor kurzem errichtet worden, sondern besteht seit drei Jahren und beschäftigt ein stabiles Personal. Die Opposition hat sich selbst widersprochen, indem sie einerseits behauptet hat, die Gemeindefabrik mache den Gewerbetreibenden Schutzkonkurrenz, andererseits dagegen polemisiert hat, dass die Gemeindefabrik etwa die Grabsteine zu teuer verkaufe. In Wirklichkeit ist es gerade die Absicht der Gemeinde durch diese Werkstätte auch den Minderbemittelten den Ankauf von Grabsteinen zu ermöglichen. Wo es möglich ist, werden auch heute schon die Grabsteine auf den Friedhöfen selbst verarbeitet oder veräußert. In diesem Fall, wo es sich um die Umwandlung der alten Friedhöfe in Gartenanlagen handelt, müssen sie jedoch rasch abtransportiert werden. Es handelt sich dabei um einige tausend Steine, so dass der dafür eingesetzte Betrag in Wirklichkeit nicht zu hoch ist.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

Die Subventionen des Hauptverbandes der Industriellen für die Frontkämpfer. Eine jüdischnationale Anfrage im Gemeinderat. Die Jüdischnationalen Gemeinderäte Dr. Plaschkes und Dr. Ehrlich haben in der heutigen Gemeinderatssitzung an den Bürgermeister eine dringliche Anfrage überreicht, in der es heisst:

In den letzten Wochen sind in die Öffentlichkeit Nachrichten gedrungen wonach die im Hauptverbande der Industriellen Oesterreichs vereinigten Unternehmer grosse Summen durch Wochenbeiträge aufbringen, um reaktionäre Parteien, insbesondere auch Hakenkreuzler in ihrer antisemitischen Tätigkeit zu fördern. Anlässlich der Vorsprache einer Abordnung jüdischer Industrieller, gab der Präsident des genannten Hauptverbandes ausdrücklich zu, dass aus diesen Beiträgen die antisemitischen, bewaffneten Verbände der Frontkämpfer und Heimwehren bezahlt werden, das er jedoch von der Unterstützung der Nationalsozialisten nichts wisse. Diese Behauptung wurde von dem Präsidenten auch in der letztthin stattgehabten Vollversammlung seines Verbandes vorgebracht und damit begründet, dass man sich der „Ordnungsparteien“ und „Staatserhaltenden“ Organisationen als Schutzwehr gegen die linksradikalen Gruppen bedienen müsse. In der Anfrage wird nun darauf verwiesen, dass dies/er Sachverhalt für die Gemeinde Wien aus verschiedenen Gründen sehr beachtenswert sei. Zunächst werde durch diese Zuwendungen das gefährliche Treiben der auf Unruhe und Verhetzung hinarbeitenden Pogromisten, die mit Revolvern und Gummiknüttel Versammlungen bedrohen und sprengen, und Verfassungen der jüdischen Bevölkerung inszenieren, nicht bloss unterstützt, sondern geradezu ermöglicht. Ferner bildet dieses Vorgehen der industriellen Ständevertretung eine unnötige Herausforderung des weitaus überwiegenden Teiles der Bevölkerung und züchte förmlich den Bürgerkrieg. Schliesslich ist die Gemeinde durch ihren Aktienbesitz an zahlreichen Industrieunternehmungen beteiligt und müsse sich darüber Klarheit verschaffen, ob auch diese Unternehmungen die genannten Kampfverbände durch Beiträge unterstützen. Es wird deshalb der Bürgermeister gefragt, ob er die Vertreter der Gemeinde Wien in den Verwaltungsräten von Industrieunternehmungen anweisen wolle, dass sie die Leistung dieser Beiträge an den Hauptverband der Industriellen verhindern.

GR. Kopriva (Soz. Dem.) beantragt die Bewilligung eines Betrages von 3-3 Millionen Kronen für die Herstellung einer Mauer und zwei Türen im städtischen Wohnungsamt.

GR. Roth (chr. soz.) bemängelt, dass in den beiden Schulen, in denen jetzt das Wohnungsamt untergebracht ist, unablässlich Adaptierungen vorgenommen werden, wobei Mauern aufgeführt und dann wieder abgetragen werden. Es schein dort ganz planlos gewirtschaftet zu werden, was darauf zurückzuführen ist, dass diese Arbeiten in eigener Regie zur Ausführung kommen. Der Referent erklärt im Schlusswort, dass an das Wohnungsamt infolge der neuen Anforderungsverordnung neue Aufgaben gekommen sind, die solche bauliche Umgestaltungen in der letzten Zeit erforderten. Auch gewisse Reformen, die bei der Uebernahme des Gebäudes in der Bartensteingasse noch nicht vollendet waren, jetzt aber durchgeführt sind, haben bauliche Veränderungen erfordert. - Der Antrag wird angenommen.

GR. Iser (Soz. Dem.) referiert über die Widmung eines Betrages von 25 Millionen Kronen für die Ausbesserung von Denkmälern. Im Voranschlag für das Jahr 1923 ist ein Betrag in der gleichen Höhe für das Ein- und Auswintern öffentlicher Denkmäler und Brunnen vorgesehen gewesen, der aber erspart wird, da die Ankündigungsunternehmung der Gemeinde diese Arbeiten auf ihre Kosten durchführen muss.

GR. Angeli (chr. soz.) wünscht, dass die Auswinterung der öffentlichen Denkmäler zeitlicher geschähe, als das heuer der Fall war. Die Ankündigungsanstalt der Gemeinde sei auch aufzufordern, dass auf den Holzwänden mit denen die Denkmäler während des Winters eingedeckt werden, nur solche Reklamen angebracht werden, die geschmackvoll sind.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

GR. Nachnebel (Soz. Dem.) referiert über Erleichterungen bei der Erlangung der Schülerfahrpreiseremässigungen. Er beantragt, dass nunmehr die Volks- und Bürgerschüler, sowie die Besucher von gewerblichen Pflichtschulen, wenn die Schule mehr als zwei Kilometer von Wohnort entfernt ist, ohne Nachweis der Bedürftigkeit der Eltern die Fahrpreiseremässigung erhalten sollen. Der ermässigte Fahrschein wird 300 K kosten.

GR. Wielsch (chr. soz.) bezeichnet die Vorlage als eine Verbesserung und Vereinfachung, wünscht aber, dass die Begünstigungen auch auf die Mittel- und Hochschüler ausgedehnt werde. Sie beantragt daher, dass die gleichen oder ähnlichen Schülerfahrtbegünstigungen auch an Schülern beider Geschlechter zu gewähren sind, die österreichische Staatszugehörigkeit nachweisen und eine Mittel-, Hoch- oder Fachschule besuchen, gleichgültig ob diese Schulen akademisch, technisch, gewerblich oder fechtlich sind.

GR. Wawerka (chr. soz.) erklärt, dass diese Begünstigungen schon längst hätten erfolgen müssen, da in der Strassenbahndirektion eine grosse Kanzlei mit der bisherigen verwickelten Art der Erledigung beschäftigt war. Notwendig sei aber auch eine Erhöhung der Einkommenssumme, die zur Bemessung der Erlangung einer solchen Schülerfahrpreisbegünstigung dient. Wenn eine Familie ausser dem Ernährer auch nur noch ein Mitglied aufweist, das ebenfalls verdient, dann ist eine Ermässigung ausgeschlossen.

GR. Nachnebel erklärt im Schlusswort, dass die Einkommengrenze ohnehin erst kürzlich erhöht worden ist. Aber auch für jene Familien, die ein höheres Einkommen besitzen, werde eine 50%ige Fahrpreiseremässigung gewährt.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag angenommen und der Antrag Wielsch der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

StR. Professor Tandler (Soz. Dem.) referiert über die Anschaffung von Beschäftigungsmaterial für die Kindergärten der Gemeinde, wofür ein Zuschusskredit von 20 Millionen Kronen beansprucht wird.

GR. Walter (chr. soz.) verweist darauf, dass in einem ihr bekannten Falle ein Kindergarten der Gemeinde in einem Turnsaal untergebracht sei, aus dem nicht einmal die Turngeräte entfernt sind. Diese Unterbringung, desgleichen auch die Verwendung der Nebenräume ist aus hygienischen und pädagogischen Gründen schädlich. Den Kindergarten besuchen 120 Kinder, für welche nur zwei Kindergärtnerinnen und eine Wärterin vorhanden sind; dazu kommt, dass eine der Kindergärtnerinnen häufig auswärts zu tun hat. Die Rednerin bittet um Abstellung dieser Uebelstände.

StR. Professor Tandler sagt die sofortige Abstellung der Uebelstände zu. Der Referentenantrag wird angenommen.

StR. Professor Tandler referiert über den Verkauf von Grummet aus dem Zentralfriedhof an die land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft.

GR. Panosch (chr. soz.) bringt zur Sprache, dass kürzlich ein Referat über den Bau eines Heustadls im Fürsorgeausschuss des Gemeinderates erstattet und von diesem Ausschuss rückverwiesen wurde. Nun erfährt man, dass der Bau ohne neuerliche Bewilligung schon im Gange sei. Die Opposition lasse sich ein solches Vorgehen nicht bieten.

StR. Professor Tandler verweist im Schlusswort darauf, dass dem Ausschuss ein zweiter Bericht über diese Sache vorgelegt worden sei, der über dies wiederholt werden werde.

Nach einer tatsächlichen Berichtigung des GR. Panosch, der seine Darstellung aufrecht hält, wird der Referentenantrag angenommen.

Ohne Debatte angenommen werden sodann ein Antrag auf Verkauf der Bezugsrechte der Gemeinde anlässlich der Kapitalerhöhung der Semperit-Werke (Referent Broczyner), ein Antrag auf Verkauf einer Baracke (Referent GR. Alt) und ein Antrag auf Verkauf alter Pflastersteine (Referent GR. Schneide

StR Weiner (Soz.-Dem.) referiert über die Bewilligung eines ermäßigten Kredites von 11 Milliarden Kronen zur Postbeitrag der Gemeinde zur Arbeitslosenversicherung.

GR Zimmerl (chr. soz.): Die zur Verhandlung stehende Angelegenheit ist vor allem eine Finanzangelegenheit und sollte daher auch vom Finanzreferenten referiert werden. Als der Beitrag der Gemeinde zur Arbeitslosenversicherung eingeführt wurde, hat StR. Breitner die Fürsorgeabgabe von vier auf vier einviertel und von acht auf achteinhalb Prozent erhöhen lassen, und diese Erhöhung als unerlässlich für die Deckung des Gemeindebeitrages erklärt. Alle unsere Einwendungen wurden nicht beachtet. Heute stellt sich heraus, dass unsere Einwendungen vollkommen begründet waren, da sich die wirkliche Höhe des Beitrages der Gemeinde zur Arbeitslosenversicherung mit 11 Milliarden ergibt. StR. Breitner hat damals als Ministerfordernis 18 Milliarden gezeichnet. Wir haben ihn vorgerechnet, dass es höchstens 10 Milliarden sein werden und wir haben Recht behalten. Für diese 10 Milliarden aber brauchte die Fürsorgeabgabe nicht erhöht zu werden. Wir müssen daher verlangen, dass sie sofort die einzig mögliche Konsequenz ziehen und dem Landtage in seiner nächsten Sitzung einen Antrag unterbreiten, die Fürsorgeabgabe wieder zu ermässigen.

Redner bespricht sodann die Enquete, die über die Frage der Befreiung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften von der Fürsorgeabgabe stattgefunden hat und sagt: Während der grösste Teil der Unternehmungen eine Fürsorgeabgabe bezahlt, von der wir heute sehen, dass sie viel zu hoch ist, ist ein kleiner Teil der Unternehmungen, nämlich die Konsumvereine, gänzlich von der Abgabe befreit, obwohl das Gesetz keine Befreiung kennt. Umso mehr erweist sich die damals vorgenommene Steuererhöhung als eine grundlose Demonstration, die so rasch als möglich rückgängig gemacht werden muss.

Referent erklärt in seinem Schlusswort, dass die Gemeinde in ihrem Voranschlag einen Betrag von 177 Milliarden als Einnahme aus der Fürsorgeabgabe eingesetzt habe. Die Erhöhung um ein Viertel Prozent bringe also genau 11 Milliarden. Es ist also diese Erhöhung keineswegs ungerechtfertigt. Wenn übrigens die Regierung auch weiter die Frage der Arbeitslosenunterstützung so behandle wie bisher, so werden auch diese 11 Milliarden nicht ausreichen. Hätte nicht die Gemeinde durch ihr grosses Arbeitsprogramm für den Abbau der Arbeitslosigkeit gesorgt, so ständen wir gewiss vor grösseren Massen von Arbeitslosen. Die Angelegenheit ist eine soziale, weshalb der Antrag nicht vom Finanzreferenten sondern von der Verwaltungsgruppe für Sozialpolitik behandelt wurde.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag unverändert angenommen.

GR Lössch (Soz.-Dem.) referiert über ein Uebereinkommen mit dem Karl Kreindl, nach dem die Gemeinde um 700 Millionen Kronen auf der Hohen Warte einige Grundstücke ankaufte.

GR Hengl (chr. soz.) kommt in diesem Zusammenhang auf den Schwefelgeruch in der Umgebung der Hohen Warte zu sprechen und fordert Abhilfe.

Bgm Reumann teilt mit, dass wegen des lästigen Geruches, der angeblich von der Mistablagerungsstätte in Heiligenstadt herrührt, umfangreiche Untersuchungen angestellt wurden. Sobald sie abgeschlossen sind, wird dem Gemeinderat berichtet werden.

GR Jorde als Schriftführer verliest nun die dringliche Anfrage der Gemeinderäte Dr. Plaschkes und Genossen. (Siehe zweiter Bogent)

Bevölkerung Wiens es nicht begreifen würde, wenn dieser Anfrage die Dringlichkeit versagt bliebe. Es werden die „Staatserhaltenden“ Organisationen mit Unternehmern gefüttert, wobei von den Industriellen zwischen Heimwehren und Hakenkreuzlern ein Unterschied gemacht wird. Für die Bevölkerung sind die Frontkämpfer, Hakenkreuzler und Heimwehren ein und dieselbe Gruppe.

GR Kunschak: Nur für die Bevölkerung der Leopoldstadt!

GR Dr. Plaschkes: Nein, für die Bevölkerung Wiens. Woher die Herren die Gelder für die Anfertigung der grossen Plakate, der kostbaren Revolver, Gummi knüttel und Uniformen haben, ist nun klar. Mit 18 Milliarden Kronen, die bis jetzt von den Industriellen diesen Organisationen zugewendet worden sind, lassen sich diese Dinge schon beschaffen. Dass sich die Herren Unternehmer gerade diese Gruppe ausgesucht haben, kann wohl als eine Fahrlässigkeit bezeichnet werden. Wir volksbewussten Juden sind der Meinung, dass wir uns diese Politik nicht gefallen lassen. Es ist daher nur berechtigt, wenn wir fragen, wie die Gemeinde sich vom Standpunkt der Polizeiaufsicht zu diesen Vorkommnissen verhält und ob sie als Besitzerin von Aktien der verschiedenen Unternehmungen, die gleichfalls für solche Organisationen Beiträge leisten müssen, ihre Vertreter beauftragt, dagegen Stellung zu nehmen.

Bei der Abstimmung wird dem Antrage die Dringlichkeit zuerkannt.

Rufe bei den Christlichsozialen: Jüdische Solidarität!

GR Hiess (Soz.-Dem.): Die Patentchristen sind natürlich für den Mord!

GR Dr. Pollak (jüd. nat.) gibt zur Begründung der Anfrage zunächst eine Darstellung seiner Intervention im Hauptverband der Industriellen. Als er die Zuwendungen an die Hakenkreuzler erwähnt, ruft

GR Müller Josef (chr. soz.): Die bekommen ja gar nichts!

GR Dr. Plaschkes (jüd. nat.): Das geht auf Umwegen! Ueber Graz geht das. (Gegenrufe bei den Christlichsozialen: Macht man das bei Ihnen so? Das ist also ein jüdischer Dreh!)

GR Dr. Pollak (jüd. nat.) In der Hauptversammlung des Industriellenverbandes wurde zugegeben, dass gewisse Gruppen vom Hauptverband unterstützt werden. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten: Aber Fürsorgeabgabe zahlen wollen die Herren nicht!) Der Hauptverband ist eine wirtschaftliche Organisation der Unternehmer, der die Aufgabe hat, gegen die Arbeitnehmer den Kampf zu führen, der uns von dieser Seite aufgezwungen wird. Aber in diesem Kampfe darf die Organisation in den Mitteln, die sie anwendet, nicht über die natürlichen Schranken hinausgehen, sie darf nicht Politik treiben. Was der Hauptverband tut, ist nicht Industriepolitik, sondern antisemitische, reaktionäre Politik, ist die Unterstützung des Rechtsbolschewismus. Das können wir als Juden und auch als Demokraten nicht gut heissen, und es ist ein Wahnsinn und ein Verbrechen der jüdischen Mitglieder, dass ein Teil von ihnen diese Politik mitmacht. In der Hauptversammlung haben 16 jüdische Mitglieder dagegen gestimmt.

GR Dr. Plaschkes (jüd. nat.): Es hat haß dort nur 16 anständige Menschen gegeben.

Diesen Zwischenruf beantworten die Christlichsozialen, namentlich die GR Angermayer und Zimmerl mit erregten Rufen: Das ist eine jüdische Frechheit! Niederträchtige Frechheit! - Gegenrufe bei den Sozialdemokraten: Natürlich, wer das Geld für die Mörder gibt, ist bei ihnen anständig.

GR Dr. Pollak (jüd. nat.): Der Präsident des Industriellenverbandes hat gesagt, dass der Verband nur jene Organisationen unterstütze, die sich der Staatsgewalt unterstellen. Wer bürgt ihnen aber dafür, dass die Leute, die heute Handgeld bekommen, um die Industrie zu schützen, nicht das nächstemal, wenn sie von anderer Seite Handgeld bekommen, auch anders können? Wir kommen hier zu einem Söldnerwesen. Die Stabilisierung der Krone und die Erlangung des Völkerbundkredits ist ein grosser Erfolg. Aber dieser Erfolg, der auf dem Vertrauen des Auslandes beruht, kann nur erschüttert werden, wenn das Ausland hört, dass beide Parteien gegeneinander heimlich Heerhaufen ausüsten. Wir werden daher unseren Kampf weiterführen.

4
Auf dem dritten Bogen fehlt der erste Satz zur Begründung der Dringlichkeit der Anfrage Dr. Plaschkes und Genossen. Es soll heissen:

GR. Dr. Plaschkes (jud. nat.) begründet die Dringlichkeit damit, dass die Bevölkerung.....

GR. Kunschak (chr. soz.): Ich hätte geglaubt, dass der Bürgermeister diese Anfrage zurückweisen wird. Da dies nicht geschehen ist, wäre es besser gewesen, wenn der Gemeinderat ihr die Dringlichkeit nicht erteilt hätte. Es handelt sich hier um eine Angelegenheit, die ausschliesslich den Industriellenverband angeht, mit dem Gemeinderat aber gar nichts zu tun hat. Es ist ein sehr bedenkliches Präjudiz durch die Behandlung dieser Anfrage geschaffen worden, das aber als Opposition unter Umständen sehr angenehm sein kann. Wenn Sie wünschen können wir Ihnen denn in jeder Gemeinderatsitzung eine so schöne anmutige Unterhaltung bereiten. Es geht uns gar nichts an, was der Bund der Industriellen mit seinem Gelde tut. Wir sind auch gar nicht dazu da, dass dem GR. Dr. Pollak die Möglichkeit geboten wird, vor einem öffentlichen Forum nachzuweisen, dass die Zionisten das oder jenes nicht getan haben. Ich will aber ausdrücklich den Unterschied zwischen Frontkämpfern und Hakenkreuzlern aufzeigen. Die Hakenkreuzler sind eine politische Partei, während die Frontkämpfer eine Vereinigung ehemaliger Militärs darstellen, die ^{ganz} einen anderen Zweck hat, als jenen, den sich die Hakenkreuzler zurecht gelegt haben. Auch an den Ereignissen in Favoriten und Hietzing waren die Frontkämpfer nicht beteiligt.

GR. Nachtnebel (Soz. Dem.): Da haben Sie sich einen anderen Namen gegeben.

GR. Kunschak: Wenn Sie um jeden Preis anständigen Leuten ihre Ehre rauben wollen, dann könne wir nichts machen. Ich bin nicht der Anwalt der Frontkämpfer und habe kein Mandat von ihnen, aber ich glaube, dass man hier die Begriffe nicht durcheinanderwerfen darf. Wir bedauern nochmals, dass diese Angelegenheit heute hier vorgebracht wurde, noch dazu in eine Weise, die absolut unzulässig ist. Den Bund der Industriellen vorzuschreiben was er mit seinem Gelde tut, geht dem Gemeinderat einen Schmarren an, genau so wie es den Gemeinderat einen Schmarren angeht, was Sie mit Ihren Wahlfonds und mit dem republikanischer Schutzfonds machen. (Beifall bei den Christlichsozialen).

GR. Eldersch (Soz. Dem.): Wir haben für die Dringlichkeit dieses Antrages deshalb gestimmt, weil wir den Gemeinderat für eine politische Körperschaft halten. Die Organisationen, die der Industriellenverband mit seinen Geldern füttert, gefährden die öffentliche Sicherheit und sind für den Bürgerkrieg, weshalb darüber im Gemeinderat zu reden unsere Pflicht ist. (Beifall)

GR. Kunschak (chr. soz.): Dann werden wir darüber debattieren, dass im Rathaus für die Arbeiterwehr agitiert wird.

GR. Eldersch: Wir weichen einer solchen Debatte nicht aus. Ich erkläre aber, dass wir politischen Braves, die dafür bezahlt werden, damit sie über die Arbeiterschaft bewaffnet herfallen, schon ein Paroli bieten können.

Rufe bei den Christlichsozialen: Wer hat angefangen?

GR. Eldersch: Sie haben angefangen. Sie haben die Heimwehren organisiert. Sie haben die Bauern bewaffnet und Ihre Parteigenossen haben staatliche Waffenlager bestohlen. Glauben denn Sie, dass die Arbeiterschaft ruhig zusehen wird, wie Sie Ihre Leute bewaffnen? Wir raten Ihnen also, das Geld nicht unnütz hinauszuerwerfen. Die Reden Ihres Jersabek zeigen, dass gewisse Herren Ihrer Partei mit den Hakenkreuzlern in Verbindung stehen. Es ist übrigens höchst bezeichnend, dass die Herren Unternehmer sehr beweglich über die hohen sozialen Lasten und über den geringen Zollschatz klagen, aber hier übernehmen sie Lasten, die wie wir heute erfahren haben, nicht weniger als 18 Milliarden Kronen ausmachen. Wir haben immer ruhige Versammlungen gehabt, solange die Hakenkreuzler nicht waren. Sie haben die politische Atmosphäre vergiftet und die Arbeiterwehren werden so lange bestehen bleiben, als durch die Hakenkreuzler die Versammlungsfreiheit gefährdet wird. So lange Sie über die Ochsentreiber in der Gemeinde Wien verfügt haben, haben Sie diese Leute gegen unsere Versammlungen mobilisiert. Jetzt organisieren Sie bewaffnete Banden, die in Wien ihr Unwesen treiben. Wir stehen auf dem Standpunkt des friedlichen Kampfes gegen die Industriellen, wenn aber der Hauptverband der Industrie glaubt, diesen Kampf mit Waffen austragen zu können, dann wird er sich täuschen. Wir lassen uns nicht länger provozieren, die Toten sind auf unserer Seite gekürzt und es kann sehr leicht unsere Geduld reissen wenn Sie diese Methoden gut heissen. Sie treiben es zum Bürgerkrieg. Würden diese Methoden nicht die Unterstützung der bürgerlichen Parteien finden, dann wären diese Organisationen unmöglich. Sie werden mit diesem Gesindel weder einen Streik verhindern, noch werden Sie mit diesem Gesindel die Arbeiterschaft niederschlagen. Wir haben für den Antrag gestimmt und darüber zu reden, wie unvernünftig und verbrecherisch es ist, bewaffnete Banden gegen die Arbeiterschaft zu dinge. Wenn Sie auf diesem Wege weitererschreiten, dann haben Sie sich die Katastrophe selbst zuzuschreiben. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten).

Bgm. Reumann erklärt gegenüber den Ausführungen des GR. Kunschak, dass in der dringlichen Anfrage ausdrücklich die Gemeinde Wien aufgefordert wurde ihre Funktionäre in den Verwaltungsräten zu beauftragen gegen die Unterstützung der Hakenkreuzler durch den Industriellenverband Stellung zu nehmen, daher war die Verhandlung der Anfrage berechtigt.

Nachdem noch GR. Kunschak in einer tatsächlichen Berichtigung erklärt, dass die Angelegenheit ausschliesslich den Industriellenverband angeht, und gegen die Bezeichnung der Frontkämpfer als Gesindel Verwahrung eingelegt hat, wird die Anfrage der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt und die Sitzung geschlossen.